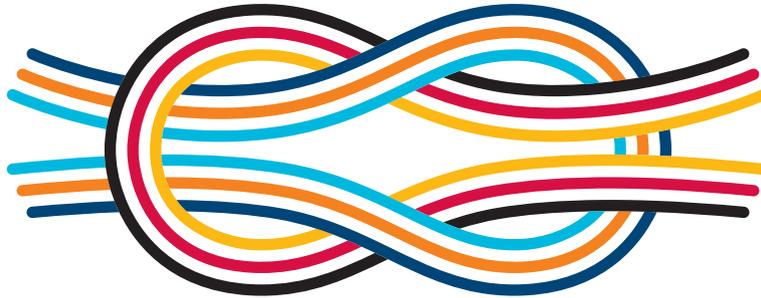




Die
Bundesregierung



G20 GERMANY 2017
HAMBURG

SHAPING AN INTERCONNECTED WORLD.
EINE VERNETZTE WELT GESTALTEN.

G20 GERMANY 2017
HAMBURG

Inhalt

Grußwort der Bundeskanzlerin	4
Grußwort des Ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg	8
Der lange Weg zum Gipfel – Die deutsche G20-Präsidentschaft, ein Meilenstein bei der Gestaltung einer vernetzten Welt	10
G20 Teilnehmer	14
G20-Termine in Deutschland 2017	16
Impulse aus der Zivilgesellschaft	18
Science20-Dialogforum	20
Women20-Dialogforum	24
Business20-Dialogforum	28
Labour20-Dialogforum	32
Think20-Dialogforum	36
Youth20-Dialogforum	40
Civil20-Dialogforum	44
G20-Afrika-Partnerschaft – „High 5s“ für Afrika	48
Impressum	52

Liebe Gäste des G20-Gipfels, liebe Bürgerinnen und Bürger,



am 7. und 8. Juli 2017 blickt die Welt auf den G20-Gipfel in Hamburg. Dort treffen sich die Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. Ich freue mich sehr darauf, die Partner der G20 in meiner Geburtsstadt Hamburg willkommen zu heißen.

Die globalen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern und zu gestalten, ist gemeinsames Ziel der G20. Der Erfolg des Gipfels wird stark davon abhängen, was wir auf dem Weg dorthin erreichen.

Wohin entwickelt sich die Weltwirtschaft? Viele gegenwärtige Entwicklungen geben Anlass zur Sorge. Die Entwicklung der Weltwirtschaft bleibt hinter den Erwartungen zurück. Es lohnt, einen Blick auf die Anfänge der G20 und die globale Wirtschafts- und Finanzkrise vor rund zehn Jahren zu werfen. Die G20 hat in diesen Krisenzeiten ihre Stärke gezeigt. Auf dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise haben wir uns gemeinsam dafür ausgesprochen, dass Wettbewerb die Weltwirtschaft bestimmt und der Welt- handel offen bleibt. Die Staaten der G20 sind in diesen Krisenzeiten enger zusammengedrückt und haben gemeinsame Mechanismen

entwickelt. Sie haben sich nicht in Protektionismus geflüchtet. Die Erfahrungen der Krisen der 1930er Jahre waren eine Lehre. Darauf müssen wir uns besinnen.

Wir müssen uns im Kreis der G20-Partner fragen: Wie können wir dafür sorgen, dass alle profitieren? Wie können wir in Zukunft besser zum Wohle unserer Bürger zusammenarbeiten? Mit welchen Befürchtungen und Herausforderungen ist die Globalisierung verbunden und wie können wir ihnen begegnen? Wie können wir Inklusivität sicherstellen und erreichen, dass Früchte von Wohlstand und Wachstum fair verteilt werden?

Die G20 muss zeigen, dass sie zusammensteht. Wir sind wechselseitig voneinander abhängig, nicht nur wirtschaftlich und im Bereich der Finanzmärkte. Die G20 ist ein informelles Forum der Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit baut auf einem gemeinsamen Wertefundament auf. Sie gibt uns einen öffentlichkeitswirksamen Rahmen, fördert unseren gegenseitigen Austausch und bestärkt uns in gemeinsamen Prinzipien. Gemeinsam können wir mehr erreichen als alleine. Neben dem informellen Austausch sind starke internationale Organisationen unerlässlich. Dafür will ich mich in der G20 engagieren.

Neben der Stabilisierung der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte gibt es zahlreiche globale Herausforderungen, die die G20 beschäftigen: geopolitische Konflikte, Terrorismus, Migrations- und Flüchtlingsbewegungen, Hunger, der voranschreitende Klimawandel und Pandemien. Durch nationale Alleingänge, durch Abschottung und Protektionismus können diese Herausforderungen ganz sicher nicht gelöst werden. Es wird kein Zurück geben in eine Welt vor der Globalisierung.

Nur gemeinsam können wir unser Ziel in der G20 – ein starkes, ausgewogenes, nachhaltiges und inklusives Wirtschaftswachstum – voranbringen, indem wir wirtschaftlichen, sozialen und politischen Unsicherheiten gemeinsam begegnen. Dadurch leistet die G20 einen starken Beitrag, die Stabilität und Widerstandsfähigkeit der Weltwirtschaft und nicht zuletzt unser aller Sicherheit zu stärken.

Betrachten wir die Digitalisierung. Sie unterstützt das Zusammenwachsen unserer Welt, Entfernungen werden durch den technischen Fortschritt geringer, Menschen treten in Kontakt wie nie zuvor. Gleichzeitig muss sich die G20 mit den Auswirkungen des technischen Fortschritts befassen. Nur auf diese Weise kann sie Potenziale bestmöglich ausschöpfen. Die G20 muss Rahmenbedingungen so gestalten, dass alle Menschen von den positiven Effekten dieser Entwicklungen profitieren können.

Die Digitalisierung unserer Welt ist nur ein Beispiel für ihre starke und zunehmende Vernetzung. Auch in unseren Bemühungen um eine wirksame Klimaschutzpolitik oder um ein globales Gesundheitskrisenmanagement kommen wir nur in enger Abstimmung miteinander voran.

Ich möchte dazu einen breiten zivilgesellschaftlichen Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen führen. Ich habe Vertreter von Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Wissenschaft, Think Tanks sowie von Frauen und Jugendlichen eingeladen, Empfehlungen für die G20 zu erarbeiten. Diese Impulse aus der Zivilgesellschaft sind für die Beratungen der G20 wichtig. Die Zusammenarbeit der G20 ist mir sehr wichtig. Unsere Aufgabe ist, die vernetzte Welt gemeinsam zu gestalten. Deutschland wird sich dafür in diesem Jahr seiner Präsidentschaft mit aller Kraft einsetzen.



Angela Merkel, Bundeskanzlerin

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger, liebe Gäste,



Ich freue mich, dass die Bundeskanzlerin die Freie und Hansestadt Hamburg als Ort für den ersten G20-Gipfel in Deutschland gewählt hat.

Der Gedanke, dass sich die Staats- und Regierungschefs wichtiger Länder informell zusammenfinden und miteinander die drängendsten Weltprobleme diskutieren, stammt von einem Hamburger: dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt. Der G20-Gipfel ist die logische Weiterentwicklung seiner Idee ins 21. Jahrhundert: Hier kommen nicht nur die Industriestaaten zusammen, sondern auch die wichtigsten Schwellenländer beteiligen sich. Themen gibt es genug: Die gerechte Gestaltung der Globalisierung, die Beendigung der bewaffneten Konflikte, Flucht und Migration oder der Klimawandel fordern ein gemeinsames Vorgehen aller Staaten.

Hamburg ist ein guter Ort, diese Gespräche zu führen. Schon in der Präambel unserer Landesverfassung heißt es: „Hamburg will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.“ Nicht nur dank dem Hafen, der mitten in der Stadt

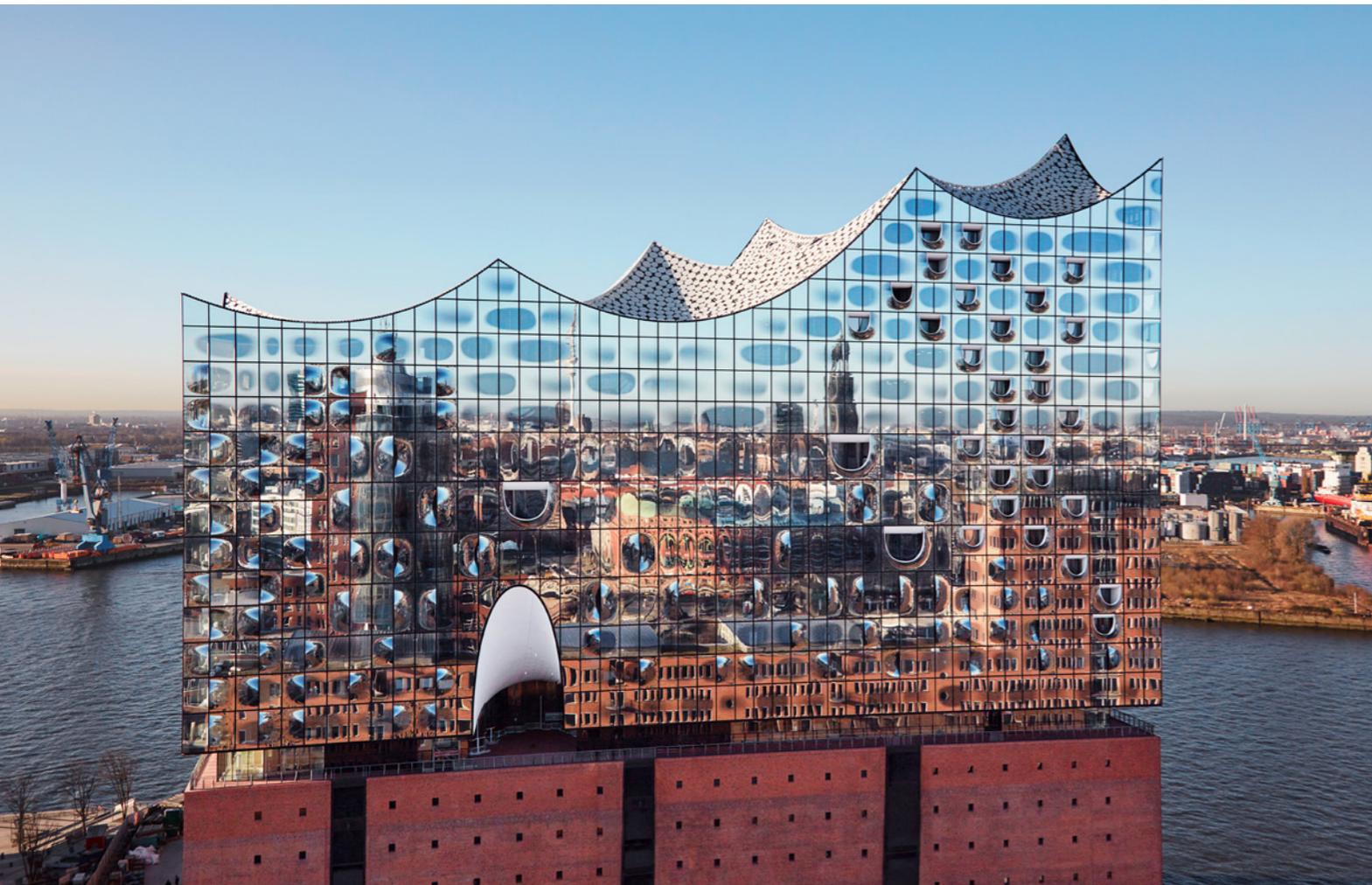
liegt, verfügt Hamburg seit Jahrhunderten über gute Beziehungen in alle Welt und gilt zu Recht als weltoffene und internationale Stadt. Hamburg ist ein wirtschaftliches Kraftzentrum – und eine Hoffnungstadt für viele Menschen aus dem In- und Ausland. Die Stadt gehört zu den bekanntesten Reisezielen Deutschlands. Die besondere Atmosphäre der Metropole am Wasser zieht jährlich mehr als sechs Millionen Besucherinnen und Besucher an. Neues Wahrzeichen ist die Elbphilharmonie – eines der faszinierendsten Konzerthäuser der Welt, direkt am Fluss Elbe gelegen. In direkter Nachbarschaft zum Weltkulturerbe: der Speicherstadt und dem Kontorhausviertel.

Ich lade Sie herzlich ein, Hamburg in all seiner Kreativität und Vielschichtigkeit für sich zu entdecken.

A handwritten signature in blue ink, which appears to be 'Olaf Scholz'. The signature is fluid and stylized, with a long horizontal stroke at the end.

*Olaf Scholz, Erster Bürgermeister
der Freien und Hansestadt Hamburg*

Der lange Weg zum Gipfel



Die deutsche G20-Präsidentschaft, ein Meilenstein bei der Gestaltung einer vernetzten Welt

Vor der Kulisse der Elbphilharmonie werden am 7. und 8. Juli 2017 die Staats- und Regierungschefs der „Gruppe der 20“ (G20) zusammenkommen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in die Hansestadt Hamburg geladen, um globale Herausforderungen unserer Zeit zu beraten. Deutschland hat im vergangenen Dezember die Präsidentschaft der G20 von China übernommen und konnte über den Gipfelort entscheiden.

Die Wahl des Ortes hat Symbolkraft. Hamburg steht als Hafen- und Hansestadt mit seinen Menschen in der Tradition von Weltoffenheit und Toleranz – Eigenschaften, die im globalen Miteinander der Staaten von unersetzlichem Wert sind. Gleichzeitig muss der Ort aber auch organisatorisch und logistisch geeignet sein, so viele Besucher auf einmal zu empfangen. Ein Treffen von Staats- und Regierungschefs dieser Dimension stellt die Region und ihre Bürger vor große Herausforderungen. Die Sicherheit muss gewährleistet sein. Fragen des Protokolls müssen geklärt werden. Gipfelteilnehmer und Medien brauchen optimale Arbeitsbedingungen. Alle diese Aspekte müssen bedacht werden auf dem langen Weg zum Gipfel.

Die Bundeskanzlerin hat sich gemeinsam mit dem Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt, Olaf Scholz, für Hamburg entschieden. Die Handelsmetropole im Norden Deutschlands ist wie kaum ein anderer Ort den logistischen Anforderungen eines internationalen Großereignisses wie dem G20-Gipfel gewachsen.

Für Deutschland bietet sich mit dem engen Aufeinanderfolgen von G7-Präsidentschaft im Jahr 2015 im bayerischen Schloss Elmau und dem G20-Gipfel im Jahr 2017 eine gute Gelegenheit, die zunehmend vernetzte Welt nachhaltig zu prägen. Auch wenn die Zusammensetzung der beiden Gipfel, G7 und G20, unterschiedlich ist, haben beide Formate doch auch vieles gemeinsam: Beide Foren haben ihre Wurzeln in Finanz- und Wirtschaftsfragen. Aufgrund wirtschaftlicher Herausforderungen ergriffen Frankreich und Deutschland in den 70er Jahren die Initiative und legten den Grundstein für die G7.

Von der Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2008 gingen wichtige Impulse für die Arbeit der G20 aus. Beide Formate wollten dabei bewusst auch informelle Gesprächsmöglichkeiten für die Staats- und Regierungschefs schaffen. Beide Formate sind im Laufe der Jahre stetig gewachsen: Die Themenpalette ist breiter geworden. Die Staats- und Regierungschefs erkannten, dass isolierte finanz- oder wirtschaftspolitische Entscheidungen zu kurz greifen. Es wurden weitere Partner, internationale Organisationen und Gastländer eingebunden. G7- und G20-Beschlüsse haben keine völkerrechtliche Verbindlichkeit. Sie können jedoch starken politischen Druck auf die Teilnehmerländer und andere Staaten entfalten und so durchaus Meilensteine auf dem Weg zur Allgemeingültigkeit sein.

Das Treffen in Hamburg wird für die Staats- und Regierungschefs der zwölfte G20-Gipfel sein. Zusätzlich fanden

im Rahmen der deutschen Präsidentschaft neben den traditionellen Treffen der Finanzminister und Zentralbankgouverneure auch andere Fachministertreffen im G20-Format an verschiedenen Orten in Deutschland statt. So kamen die Außen-, Agrar- und Arbeitsminister und erstmals auch die Gesundheitsminister zusammen. Die Wirtschaftsminister besprachen die drängenden Fragen der Digitalisierung.

Für Bundeskanzlerin Merkel bleibt besonders wichtig, sich zu den Themen der Präsidentschaft auch mit der Zivilgesellschaft auszutauschen. Ohne staatliche Einflussnahme und Lenkung werden diese Dialogprozesse eigenverantwortlich durch die Zivilgesellschaft organisiert. Die Bundeskanzlerin hat im Verlauf der vergangenen Wochen an Dialogforen mit Frauen, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Jugendlichen aus Deutschland und den G20-Partnerländern teilgenommen und sich den Empfehlungen und Fragen der Zivilgesellschaft gestellt. Ein besonderer Wert dieser Begegnung besteht bereits im Gespräch und in der Diskussion selbst, auch bei kontroversen Ansichten. Die Zivilgesellschaft ist damit auch ein wichtiger Impulsgeber der Treffen der Staats- und Regierungschefs. Mit der Teilhabe der Zivilgesellschaft an der globalen Regierungsführung wächst das Verständnis für deren Entscheidungen. Auch dies trägt dazu bei, dass der G20-Gipfel von den Menschen als Meilenstein bei der Gestaltung unserer immer stärker vernetzten Welt wahrgenommen wird.

Themen des G20-Gipfels



Hinter den Kulissen treiben die Sherpas über das ganze Jahr der Präsidentschaft hinweg die Themen der G20-Agenda voran. Die Bezeichnung Sherpa nimmt Bezug auf die Lastenträger, die im Himalaya als unverzichtbare Helfer die Ersteigung der Gipfel unterstützen. In Deutschland ist diese Funktion im Bundeskanzleramt unter Leitung des persönlichen Beauftragten der Bundeskanzlerin für die G7-/G20-Gipfel, des wirtschafts- und finanzpolitischen Beraters, Lars Hendrik Röller, angesiedelt. Mit seinem

Arbeitsstab koordiniert und erarbeitet der Sherpa sämtliche deutsche Positionen in Abstimmung mit den jeweils zuständigen Fachressorts. Im Sherpa-Stab laufen die Fäden mit den nationalen und internationalen Gesprächspartnern zusammen. Um einen reibungslosen Ablauf des Gipfels und den Schutz der Gäste und Gastgeber zu gewährleisten, arbeiten Sherpa-Stab, das Bundespresseamt, der Chef des Protokolls im Auswärtigen Amt und die Verantwortlichen der Stadt Hamburg eng zusammen.

G20 Teilnehmer

■ G20-LÄNDER
(AUSSERDEM EU)

■ GASTLÄNDER

(AUSSERDEM VERTRETER REGIONALER ORGANISATIONEN:

— GUINEA: VORSITZ DER AFRIKANISCHEN UNION 2017 – AU

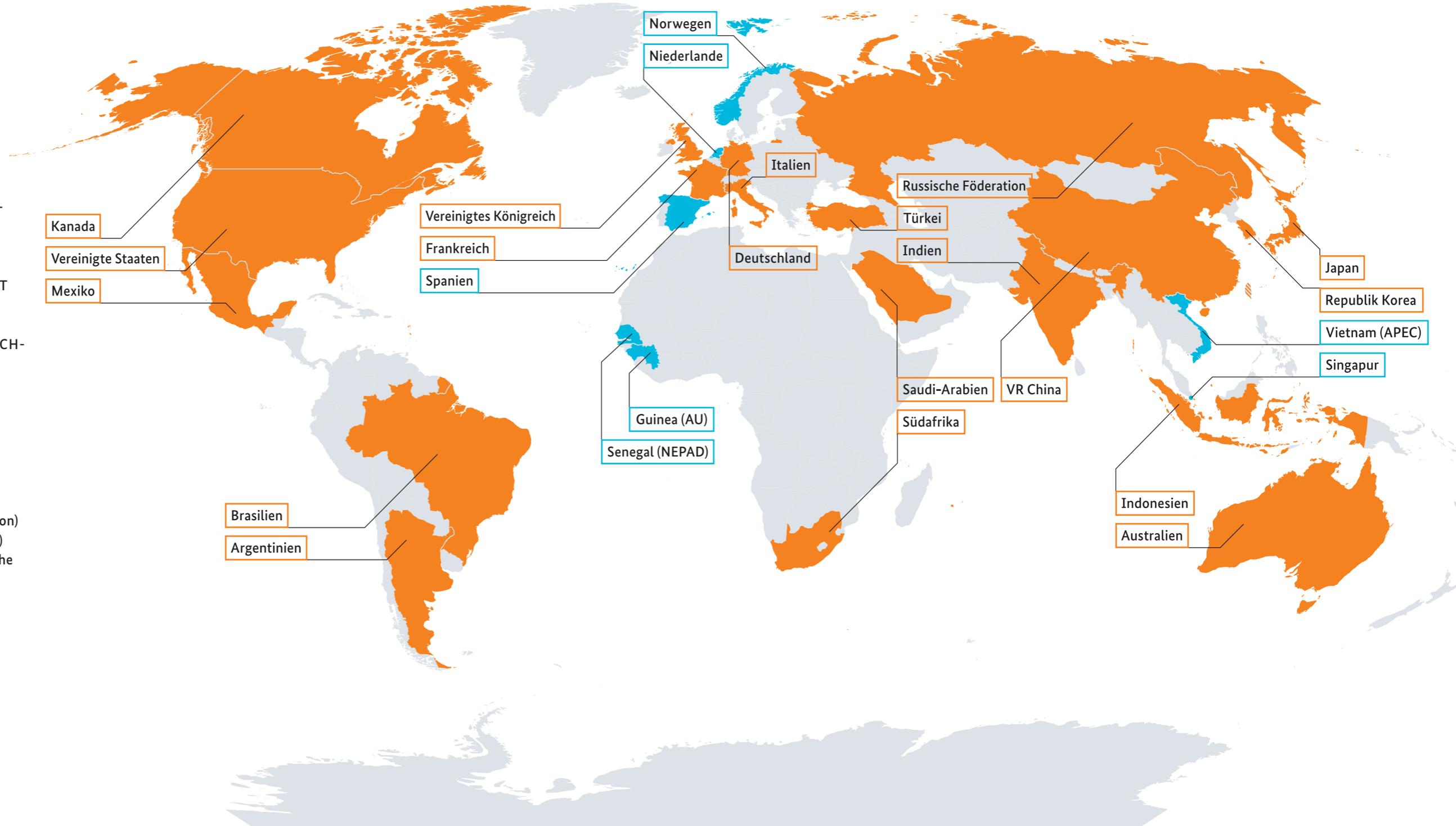
— SENEGAL: NEUE PARTNERSCHAFT FÜR AFRIKAS ENTWICKLUNG – NEPAD

— VIETNAM: VORSITZ DER ASIATISCH-PAZIFISCHEN WIRTSCHAFTS-KOOPERATION 2017 – APEC

WEITERE G20 TEILNEHMER

Internationale Organisationen:

- FSB (Financial Stability Board)
- ILO (Internationale Arbeitsorganisation)
- IWF (Internationaler Währungsfonds)
- OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
- VN (Vereinte Nationen)
- Weltbank
- WHO (Weltgesundheitsorganisation)
- WTO (Welthandelsorganisation)



G20-Termine in Deutschland 2017

JANUAR	FEBRUAR	MÄRZ	APRIL	MAI	JUNI	JULI
<p>22. BERLIN Agrarminister</p>	<p>16.–17. BONN Außenminister</p>	<p>17.–18. BADEN-BADEN Finanzminister und Zentralbank- gouverneure</p> <p>22. HALLE (SAALE) Dialogforum Wissenschaft (Science20)</p>	<p>6.–7. DÜSSELDORF Digitalminister</p> <p>24.–26. BERLIN Dialogforum Frauen (Women20)</p>	<p>2.–3. BERLIN Dialogforum Wirtschaft (Business20)</p> <p>16.–17. BERLIN Dialogforum Gewerkschaften (Labour20)</p> <p>18.–19. BAD NEUENAUH Arbeitsminister</p>	<p>19.–20. BERLIN Gesundheits- minister</p> <p>29.–30. BERLIN Dialogforum Think Tanks (Think20)</p> <p>2.–8. BERLIN Dialogforum Jugend (Youth20)</p> <p>12.–13. BERLIN Konferenz „Partnership with Africa“</p> <p>18.–19. HAMBURG Dialogforum Nichtregierungs- organisationen (Civil20)</p>	<p>7.–8. HAMBURG G20-Gipfel</p>

Impulse aus der Zivilgesellschaft



Wenn die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten im Juli 2017 in Hamburg zusammenkommen, sind dem lange und intensive Konsultationen vorausgegangen.

Sie werden unter deutscher Präsidentschaft seit Dezember 2016 auf Regierungsebene und dort insbesondere von den G20-Sherpas geführt. Wie auch im G7-Prozess sind Vertreter der Zivilgesellschaft in diese G20-Konsultationen eingebunden. Der Dialog mit der Zivilgesellschaft umfasst unter deutschem Vorsitz insgesamt sieben Dialogstränge mit Nichtregierungsorganisationen (Civil20), der Wirtschaft (Business20), den Gewerkschaften (Labour20), den Wissenschaften (Science20 und Think20) sowie mit Frauen (Women20) und Jugendlichen (Youth20). Ohne staatliche Einflussnahme und Lenkung werden diese Dialogprozesse eigenverantwortlich durch die Zivilgesellschaft organisiert. Die Dialogprozesse münden jeweils in Dialogforen mit der G20. Bundeskanzlerin Merkel wird sich persönlich an vielen dieser Dialogforen beteiligen und mit Vertreterinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft diskutieren.

Die vorliegende Broschüre knüpft an die Idee an, die Zivilgesellschaft möglichst eng in die Prozesse der globalen Regierungsführung einzubinden. Die deutsche Präsidentschaft legt großen Wert auf einen breiten zivilgesellschaftlichen Dialog, um verschiedene Sichtweisen zu ergründen, aber auch um deutlich zu machen: G20 ist nicht irgendeine elitäre Politikveranstaltung, sondern nutzt das Wissen und die Kenntnisse in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft. Vernetzung findet nicht nur auf der politischen Ebene statt, sondern sie findet eben auch unter den Wirtschaftsverbänden, unter den Frauenverbänden, unter den Gewerkschaften und anderen statt.

Science20-Dialogforum

PROF. DR. JÖRG HACKER



Wissenschaft ist für die Bewältigung globaler Herausforderungen von zentraler Bedeutung. So trägt die Wissenschaft einerseits selbst aktiv zur gesellschaftlichen Entwicklung bei. Andererseits analysiert und bewertet sie Problemstellungen, die sich in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen ergeben, und zeigt Optionen für den Umgang mit diesen auf. Damit ermöglicht die Wissenschaft, dass politische Entscheidungen auf der Grundlage verlässlicher wissenschaftlicher Erkenntnisse getroffen werden können. So kann regionalen Entwicklungen bis hin zu globalen Megatrends effektiv und nachhaltig begegnet werden.

Die Leopoldina ist als Nationale Akademie die Stimme der deutschen Wissenschaft nicht nur im internationalen Dialog, sondern auch in der globalen wissenschaftsbasierten Beratung von Politik und Öffentlichkeit. Sie fördert die internationale Kooperation exzellenter Wissenschaft, sie bemüht sich, die Sichtbarkeit deutscher Spitzenforschung im Ausland zu erhöhen, und treibt die wissenschaftsbasierte Beratung auf bi- und multilateraler Ebene im internationalen Kontext voran. Sie pflegt enge und freundschaftliche Beziehungen zu Wissenschaftsakademien auf allen Kontinenten und engagiert sich gemeinsam mit ihren Partnern aktiv in der internationalen wissenschaftsbasierten Politikberatung. So berät sie die jährlichen Gipfeltreffen der G7-Staats- und -Regierungschefs gemeinsam mit den Wissenschaftsakademien der G7-Staaten.

Während der G20-Präsidentschaft führt Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel einen umfassenden Dialog mit der Zivilgesellschaft. Zum ersten Mal wird sich dabei auch die Wissenschaft in dem eigens dafür neu etablierten Dialogforum „Science20“ aktiv einbringen. Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina bindet dabei ihre Partnerakademien in den G20-Staaten in diese Politikberatungsinitiative ein. Die so gebündelte internationale wissenschaftliche Expertise bringt sie in den konkreten politischen Verständigungsprozess ein. Unter Federführung der Leopoldina haben die Nationalen Akademien der

G20-Staaten als „Science20“ Empfehlungen zu einer verbesserten globalen Gesundheitsversorgung erarbeitet. Mit ihrer gesundheitspolitisch orientierten Stellungnahme greifen sie damit einen wichtigen Schwerpunkt des G20-Gipfels in Hamburg auf.

Die Akademien stellen Strategien und Instrumente zur Bekämpfung übertragbarer und nichtübertragbarer Krankheiten vor, denn beide bedrohen nicht nur die Gesundheit von einzelnen Menschen, sondern sind eine immense Belastung für die öffentlichen Gesundheitssysteme. Krankheitsbedingte Ausfälle oder gar Todesfälle in Folge von Infektionskrankheiten und zunehmend auch von nicht-infektiösen Erkrankungen beeinträchtigen Wachstum und Entwicklungschancen einzelner Länder. Weltweit mindern sie die Produktivität und haben damit erhebliche negative Auswirkungen auf die globale Wirtschaftsleistung. Sie können eine Gefahr für die soziale und politische Stabilität ganzer Regionen darstellen. Ebola- und Zika-Ausbrüche haben gezeigt, wie sich in einer vernetzten Welt gefährliche Infektionskrankheiten innerhalb kurzer Zeit von lokalen Ereignissen zu globalen Krisen ausweiten können. Krankheiten wie Krebs, Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen stellen nicht nur die Industriestaaten, sondern zunehmend auch Schwellen- und Entwicklungsländer vor immense Herausforderungen. Der Aufbau effektiver Gesundheitssysteme und die Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung zählen daher zu den dringlichsten Aufgaben des 21. Jahrhunderts.

Die nationalen Wissenschaftsakademien rufen die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten auf, die öffentliche Gesundheitsversorgung zu stärken und dabei den Einfluss sozialer, ökologischer und ökonomischer Faktoren auf die Gesundheit zu berücksichtigen. Nur durch abgestimmte gesundheitspolitische Weichenstellungen auf nationaler und globaler Ebene kann der zunehmenden Gefahr durch übertragbare und nichtübertragbare Krankheiten entgegengetreten werden.

» Krankheitsbedingte Ausfälle oder gar Todesfälle [...] beeinträchtigen nicht nur Wachstum und Entwicklungschancen einzelner Länder. Weltweit mindern sie die Produktivität und haben damit erhebliche negative Auswirkungen auf die globale Wirtschaftsleistung. Sie können eine Gefahr für die soziale und politische Stabilität ganzer Regionen darstellen.«



Vor diesem Hintergrund zeigen die Akademien dringenden Handlungsbedarf in folgenden Bereichen auf:

Verlässliche und resiliente Gesundheitssysteme sollten weltweit etabliert werden. Diese müssen die Erfassung und Bewertung von Krankheiten leisten und effektive Behandlungs- und Präventionsmaßnahmen gewährleisten. Sie sollten darüber hinaus allen einen ungehinderten Zugang zu einer umfassenden Erstversorgung garantieren. Dazu zählt auch die Durchführung von Impfungen mit qualitativ hochwertigen Impfstoffen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient der wissenschaftlich nachgewiesene Zusammenhang von übertragbaren und nichtübertragbaren Krankheiten. Mindestens 15 % der jährlich neuauftretenden Krebserkrankungen weltweit – 2015 waren dies 17,5 Millionen – können auf Infektionskrankheiten zurückgeführt werden. Eine präventive Impfung gegen Viren mit tumorauslösenden

Eigenschaften oder eine Behandlung mit antimikrobiellen Wirkstoffen sind die wirksamsten Maßnahmen zur Vermeidung bestimmter Krebserkrankungen. Umgekehrt erhöhen chronische Erkrankungen das Risiko für bestimmte Infektionskrankheiten: 15 % aller Fälle von Tuberkulose stehen zum Beispiel in Zusammenhang mit Typ-2-Diabetes.

Die Politik muss die sozialen, ökologischen und ökonomischen Determinanten von Gesundheit weltweit adressieren. Die Bekämpfung von Armut, Hunger und Umweltverschmutzung, die Sicherstellung von Hygienestandards sowie der Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen sind essenzielle Voraussetzungen für Gesundheit. Hinzu kommt die frühzeitige und kontinuierliche Aufklärung über Risikofaktoren wie eine ungesunde Ernährung, Bewegungsmangel oder den Konsum von Zigaretten, Drogen oder Alkohol und deren gesundheitliche Folgen. Auch regulatorische und fiskalische Maßnahmen sind geeignet, von staatlicher Seite Anreize für ein gesundheitsförderliches Verhalten zu setzen.

Strategische gesundheitspolitische Instrumente beinhalten die Sicherstellung des weltweiten Zugangs zu Diagnostika, Medizintechnik und therapeutischen Medikamenten ebenso wie zu qualitativ hochwertigen Impfstoffen. Dabei gilt es, aufgrund nachgewiesener Vorteile Vertrauen in die Sicherheit von Schutzimpfungen zu fördern. Der zunehmenden Resistenzentwicklung gegen Antibiotika ist weiter entschlossen entgegenzuwirken.

Eine kohärente Handlungsstrategie zu einer besseren globalen Überwachung übertragbarer und nichtübertragbarer Krankheiten erfordert die Stärkung der Gesundheitsberichterstattung und die Verbesserung von Laborkapazitäten

sowie eine gezielte und systematische Datenanalyse („Data-Mining“) und die Ausweitung des internationalen Datenaustauschs. Wirksame Interventionsmechanismen zur Krankheitsbekämpfung bedürfen eines ganzheitlichen „One Health“-Ansatzes, der die systemischen Zusammenhänge von Mensch, Tier, Umwelt und Gesundheit anerkennt.

Die Wissenschaft wird auch weiterhin die Ursachen und Wirkungszusammenhänge von übertragbaren und nichtübertragbaren Krankheiten erforschen. Wissenschaftliche Forschung und ihre Ergebnisse ermöglichen wirksamere Maßnahmen zur Prävention und Krankheitsbekämpfung sowie effektivere medizinische Interventionen. Die Förderung von Grundlagenforschung und angewandter Wissenschaft bleibt hierfür essenziell – sodass eine vernetzte Welt gleichzeitig auch eine gesunde Welt ist.

PROF. DR. JÖRG HACKER
Präsident der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina

Women20-Dialogforum

MONA KÜPPERS, STEPHANIE BSCHORR



Die G20-Staaten verfolgen ein ehrgeiziges Ziel: Wirtschaft und Gesellschaft weltweit krisenfest und zukunftsfähig zu machen und durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum mehr Wohlstand für die Menschen zu schaffen. Einer der wichtigsten Treiber dafür ist die wirtschaftliche Stärkung von Frauen, darin ist sich die internationale wirtschaftswissenschaftliche Expertise einig. Hier gilt es, gewaltiges Potenzial zu heben, denn Frauen sind bislang – auch in den G20-Staaten – noch weit von einer gleichberechtigten wirtschaftlichen Teilhabe entfernt.

Frauen sind in wesentlich geringerem Umfang erwerbstätig und leisten den deutlich größeren Anteil an unbezahlter Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit. Frauen sind zudem viel seltener in Führungspositionen der Wirtschaft vertreten und weniger häufig unternehmerisch tätig als Männer. Sie führen meist kleinere Unternehmen und verfügen über schlechtere Zugänge zu Kapital- und Kreditangeboten. In einigen Ländern sind Frauen darüber hinaus noch immer mit rechtlichen und kulturellen Barrieren einer gleichberechtigten wirtschaftlichen Teilhabe konfrontiert.

Die Stärkung von Frauen ist somit ein notwendiges Querschnittsthema und ein wichtiges Zukunftsfeld der G20. Das haben die Staats- und Regierungschefs und -chefinnen der G20-Mitgliedstaaten erkannt. Auf ihrem Gipfel im australischen Brisbane 2014 haben sie nicht nur vereinbart, die Lücke in der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen zu verringern, sondern zugleich mit der Women20 eine Dialoggruppe ins Leben gerufen, die sich ausdrücklich der wirtschaftlichen Stärkung von Frauen widmet.

Der Deutsche Frauenrat und der Verband deutscher Unternehmerinnen führen den diesjährigen internationalen Dialogprozess der Women20. Der Deutsche Frauenrat (DF) ist als Dachverband von über 50 bundesweit aktiven Frauenorganisationen die größte frauenpolitische Interessenvertretung in Deutschland.



Der Verband deutscher Unternehmerinnen (VdU) ist ein branchenübergreifender Wirtschaftsverband, der seit über sechzig Jahren die Interessen unternehmerisch tätiger Frauen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik vertritt.

Die Erwartungen der Delegierten von Women20 an die deutsche G20-Präsidentschaft sind hoch: Die G20 soll sich zu konkreten und wirkungsvollen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stärkung der Frauen verpflichten. Aus der Vielzahl von Themen, die zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern beitragen, konzentriert sich die W20 2017 auf folgende vier Themen:

- Inklusion auf dem Arbeitsmarkt: Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie des Stellenwerts von traditionell von Frauen ausgeführten Tätigkeiten
- Finanzielle Inklusion: Die Förderung von weiblichem Unternehmertum sowie Zugang zu Kapital für Frauen
- Digitale Inklusion: Überwindung der geschlechtsspezifischen Kluft im digitalen Bereich
- Stärkung der W20: Wirtschaftliche Stärkung von Frauen als Kernthema der G20-Prozesse verankern

Das informelle Forum der G20 ist ein wichtiger Ort internationaler politischer Meinungsbildung; ein Forum, das maßgeblich zu der Implementierung ambitionierter Ziele wie der UN-Agenda 2030 beitragen kann, die die Gleichstellung von Männern und Frauen längst als zentrales Ziel vorgibt. Entsprechend divers arbeitet auch der Women20-Dialogprozess, um in einer Vielzahl von Dialogen (online oder offline) mit Vertreterinnen internationaler Nichtregierungsorganisationen von Frauen (NGOs), mit Unternehmerinnenverbänden, Vorstandsfrauen und Thinktanks die aktuellen Herausforderungen zu thematisieren, zu priorisieren und Forderungen abzustimmen. Parallel zu diesen Dialogen bringt die W20 ihre Empfehlungen auch direkt in die G20-Verhandlungen ein, indem sie an Treffen auf Ministerebene und an Arbeitsgruppen der Regierungsbeamten teilnimmt. Ebenso wichtig ist der enge Austausch mit anderen zivilen G20-Dialoggruppen, aber auch in globalen Foren wie der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen oder dem direkten Dialog mit Parlamentarierinnen der G20.

Women20 als eigenständigen zivilgesellschaftlichen Dialogprozess innerhalb der G20 gibt es erst im dritten Jahr. W20 Germany konnte in diesem Jahr an grundlegende Vorarbeiten der türkischen (2015) sowie der chinesischen (2016) G20-Präsidentschaft anknüpfen. Die diesjährigen Organisatorinnen bauen nicht nur auf dem Fundament ihrer Vorgängerinnen auf, sondern wollen zugleich den Prozess weitertragen und pflegen darum enge Kontakte zu Partnerinstitutionen in Argentinien, das im nächsten Jahr die G20-Präsidentschaft übernehmen wird. Auf diese Weise soll nicht nur die inhaltliche, sondern auch die prozessuale Kontinuität sichergestellt werden. Ein weiteres zentrales Anliegen der diesjährigen Women20 ist der Aufbau eines dauerhaften W20-Netzwerks. Das große

»Wir setzen darauf, dass die G20 endlich eine durchgängige Genderperspektive verfolgt – mit verbindlichen und messbaren Zielen. Unter deutschem Vorsitz muss die G20 hier neue Maßstäbe setzen.«

MONA KÜPPERS

»Frauen sind das wichtigste Wachstumspotenzial der Wirtschaft: als Beschäftigte, als Managerin, als Unternehmerin, als Gründerin. Dieses Potenzial zu heben, ist eine zentrale Zukunftsaufgabe der G20.«

STEPHANIE BSCHORR

Engagement der vielen Frauenorganisationen in allen G20-Staaten soll dahingehend genutzt werden, die gemeinsam beschlossenen Forderungen zielgerichtet direkt in die G20-Verhandlungen einzubringen und ebenso in den G20-Mitgliedstaaten kontinuierlich und nachdrücklich auf ihre Umsetzung zu drängen. Das Ziel ist, einen nachhaltigen Prozess aufzubauen, der langfristig fortwirkt und der Sache der wirtschaftlichen Stärkung von Frauen einen kräftigen Schub verleiht – dazu will W20 Germany engagiert beitragen.

Es ist notwendig und richtig, dass die G20-Staaten die wirtschaftliche Stärkung von Frauen zu einem Kernthema ihrer Agenda machen. Women20 begrüßt ausdrücklich, dass die deutsche Präsidentschaft dies unter der Überschrift „Zukunftsfähigkeit verbessern“ benannt und zu einem Schwerpunktthema beim diesjährigen G20-Gipfel erklärt hat. Die Hälfte der Menschheit ist weiblich und damit von allen Entwicklungen in der Welt mindestens ebenso betroffen wie Männer. Die Stärkung von Frauen ist somit ein zentrales Querschnittsthema – und die G20 braucht dringend eine durchgängige Genderperspektive in allen ihren Analysen, Arbeitsgruppen und Prozessen.

MONA KÜPPERS
Vorsitzende des
Deutschen Frauenrats

STEPHANIE BSCHORR
Präsidentin des Verbands
deutscher Unternehmerinnen

Business20-Dialogforum

DR. JÜRGEN HERAEUS



Als die Vorbereitungen für die deutsche G20-Präsidentschaft 2015 begannen, war nicht absehbar, welche Bedeutung dem „zentralen Forum für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit“ heute zukommen würde. Sicher, die Gruppe der 20 war schon immer wichtig. Aber das britische EU-Referendum, der Ausgang der Wahlen in den USA und die fortbestehenden Verstöße gegen die Grundsätze des Völkerrechts – auch durch G20-Mitglieder – erschüttern die Grundfesten der internationalen Staatengemeinschaft und des effektiven Multilateralismus. All dies kommt noch zu den „alltäglichen“ Themen hinzu, für die dringend eine internationale Zusammenarbeit erforderlich ist: von Klimaschutz über Finanzmarktstabilität und nachhaltige Entwicklung bis hin zu Investitionen in die Infrastruktur und dem Thema globales Gesundheitswesen. Widerstände gegen nachhaltigkeitsfördernde Handelsabkommen wie CETA oder auch die Infragestellung der Bedeutung der WTO bezeugen, dass wir nicht nur mit einer zunehmenden Globalisierungsverdrossenheit konfrontiert sind, sondern auch mit Skepsis hinsichtlich der Gestaltung der Globalisierung. Es ist jedoch illusorisch zu glauben, dass wir ohne internationale Zusammenarbeit die großen Herausforderungen meistern oder die bestehenden Chancen in vollem Umfang nutzen können.

Die internationale Wirtschaftsgemeinschaft ist fest davon überzeugt, dass die Globalisierung von Vorteil ist. Doch es sind gemeinsame Regeln, Institutionen und Zusammenarbeit notwendig, um die Globalisierung zu gestalten und um zu gewährleisten, dass jeder von ihren Möglichkeiten profitieren kann. Deshalb stehen die Themen Widerstandsfähigkeit, Verantwortung und Reaktionsfähigkeit im Mittelpunkt unserer B20-Präsidentschaft. Diese Themen sind entscheidend, um sicherzustellen, dass das Wachstum nicht nur dynamisch verläuft, sondern auch integrativ und nachhaltig ist.

Die Welt ist unsicherer geworden. Gleichzeitig steht die Politik weltweit vor drängenden Herausforderungen wie dem Klimawandel, hohen Arbeitslosenzahlen oder Sicherheitsrisiken. Darüber hinaus muss die Weltwirtschaft mit immer schnelleren Veränderungen durch Digitalisierung, Globalisierung und die daraus resultierende Vernetzung Schritt halten. Kurz gesagt: Die Herausforderungen sind vielfältig, komplex und zahlreich. Die globalen Rahmenbedingungen sind unsicher, unvorhersehbar und außergewöhnlich.

Widerstandsfähigkeit geht über den Finanzbereich hinaus. Cybersicherheit, Zugang zu Energie und Vernetzung der Infrastruktur sind nur einige Beispiele dafür, was die Grundlage für Widerstandsfähigkeit bildet. Wirkliche Widerstandsfähigkeit kann nur durch internationale Zusammenarbeit erreicht werden. Wir profitieren von Vernetzung, Offenheit und der Mobilität von Kapital und Menschen. Herangehensweisen zur Bewältigung oder Absicherung von Risiken müssen abgestimmt werden. Durch isolierte einzelstaatliche Maßnahmen riskieren wir Zersplitterung und Instabilität.

Wir brauchen reaktionsfähige und verantwortungsbewusste Führungspersönlichkeiten. Politiker, Unternehmer und Akteure aus der Zivilgesellschaft müssen den Menschen genau zuhören und das, was sie sagen, berücksichtigen. Das gilt auch in Bezug auf globalisierungskritische Einstellungen. Auch wenn die zunehmende Vernetzung durch

»Gemeinsame Regeln, Institutionen und Zusammenarbeit sind notwendig, um die Ergebnisse der Globalisierung zu gestalten und um zu gewährleisten, dass jeder von ihren Möglichkeiten profitieren kann. Deshalb stehen die Themen Widerstandsfähigkeit, Verantwortung und Reaktionsfähigkeit im Mittelpunkt der B20.«



Güter-, Dienstleistungs-, Personen-, Kapital- und Informationsströme erheblich zu Wohlstand und Wohlergehen beiträgt, dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass strukturelle Veränderungen von Produktion und Nachfrage zu Arbeitsplatzverlusten führen kann. Führungskompetenz bedeutet, diesen Bedenken Rechnung zu tragen und sie in zukünftige politische Maßnahmen einzubeziehen – auch auf Ebene der G20. Dies könnte eine stärkere Berücksichtigung von KMU und Entwicklungsländern im Bereich der Handelspolitik bedeuten, zum Beispiel durch die Förderung der Fähigkeiten zum digitalen Handel und die Weiterentwicklung seiner Regeln. Reaktionsfähigkeit bedeutet auch, dass auf einzelstaatlicher Ebene sowohl die Regierung als auch Unternehmen ihre Bemühungen zur Unterstützung von Qualifizierungs- und Anpassungsmaßnahmen verstärken müssen. Globalisierung und Digitalisierung werden kontinuierlich zu einem Wandel der Kompetenzanforderungen führen. Deshalb sollten Konzepte für lebenslanges Lernen, die berufliche Weiterentwicklung und die Möglichkeit zu Umschulungen im Mittelpunkt von Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik stehen.

Die internationale Wirtschaftsgemeinschaft ist bereit, die Regierungen bei der Stärkung von Widerstandsfähigkeit und Reaktionsfähigkeit zu unterstützen

und gleichzeitig ihren eigenen Verpflichtungen nachzukommen. Überall auf der Welt sind Unternehmen wichtige Wegbereiter, Steuerzahler, Arbeitgeber und Ausbilder. Von technischen Entwicklungen zur Reduzierung der Luftverschmutzung über lebenslanges Lernen bis hin zu verantwortungsvollem unternehmerischen Verhalten: Unternehmen sind zentrale Akteure, wenn es darum geht, Teilhabe und Nachhaltigkeit zu ermöglichen. Es bleibt jedoch weiterhin Aufgabe der gewählten Regierungen, Maßnahmen umzusetzen und förderliche Rahmenbedingungen und Regeln zu schaffen.

Aufgabe der B20 ist es, die G20 durch eine gemeinsame Interessensvertretung, gebündeltes Fachwissen und konkrete Empfehlungen für politische Maßnahmen zu unterstützen. Darüber hinaus fördert die B20 den Dialog zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft auf internationaler Ebene. Am 4. September 2016 haben die führenden deutschen Unternehmensverbände, der Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) im Auftrag des Bundeskanzleramts die B20-Präsidentschaft übernommen. Die über 700 Mitglieder der B20 – Vertreter von Unternehmen und Unternehmensverbänden aus allen G20-Staaten und allen Sektoren – haben seitdem intensiv gemeinsam daran gearbeitet, Lösungen für die genannten globalen Herausforderungen zu entwickeln.

Die Gruppe der G20 bietet ein ausgezeichnetes Forum, um auf eine wirksame Koordinierung hinzuarbeiten, kollektive Maßnahmen zu erarbeiten und gemeinsame Standards festzulegen. Sie hat sich als Krisenmanager bewährt. Jetzt muss sie ein zentraler Akteur für eine zukunftsorientierte globale Ordnungspolitik werden. In Zeiten zunehmender Unsicherheit wird eines immer sicherer: Niemals zuvor war internationale Zusammenarbeit so wichtig.

DR. JÜRGEN HERAEUS

Aufsichtsratsvorsitzender der Heraeus Holding GmbH

Labour20-Dialogforum

REINER HOFFMANN



Die L20 begrüßt, dass Deutschland seinen Vorsitz unter das Motto „Eine vernetzte Welt gestalten“ stellt. Die weltweite Finanzkrise hat das Ausmaß und die Intensität der Vernetzung deutlich gemacht, die unsere Länder erleben, sowie die Bedeutung internationaler Zusammenarbeit. Die Große Rezession hat darüber hinaus gezeigt, dass der Ordnungsrahmen für den globalen Handel mit Finanz- und anderen Produkten, Kapital, Dienstleistungen und Daten unzureichend ist, wenn es darum geht, jeden von den Vorteilen der Globalisierung profitieren zu lassen. Er muss auf abgestimmte und demokratische Weise angepasst werden.

Arbeitnehmer und ihre Familien sind auf verlässliche Beschäftigungsmöglichkeiten und ein sicheres Einkommen angewiesen, wofür die Stabilität der Finanzmärkte eine Grundvoraussetzung ist. Leider ist die Finanzmarktregulierung nach wie vor unzureichend. Sie muss dahingehend optimiert werden, dass die Finanzmärkte unseren Lebensstandard begünstigen und nicht gefährden. Dies muss von der G20 kontinuierlich betrieben werden.

Auch die veränderte politische Landschaft trägt zur Ungewissheit über die Zukunft bei. Das britische Referendum und die Wahlergebnisse in den Vereinigten Staaten, in Österreich und den Niederlanden haben das Zeitalter der etablierten Politik beendet. Während dies für viele überraschend zu sein scheint, ist es für die Arbeiterbewegung schlicht die Folge einer neoliberalen Agenda, die auf Sparprogramme und Aushöhlung sozialer Standards und Arbeitsmarktinstitutionen setzt und nach der Krise erneut verstärkt betrieben wurde. Wachstum, Investitionen, Beschäftigung und Handel haben sich dadurch nicht erholt. Vielmehr wurden Ungleichheiten und der Eindruck der Ausgrenzung in großen Teilen der Gesellschaft weiterhin befeuert. Die G20 muss dieses Versagen in der Vergangenheit anerkennen und auf eine bessere Zukunft hinarbeiten.



Daher glauben wir, dass die Zeit für ein neues Herangehen an faire Globalisierung gekommen ist. Wir bekräftigen den Gedanken, dass offene und integrative Gesellschaften die Grundlage einer demokratischen, friedlichen und prosperierenden Zukunft sind, wie ihn alle G20-Aktionsgruppen mit ihrer Unterschrift in der gemeinsamen Erklärung über offene und integrative Gesellschaften befürwortet haben. Wir müssen jedoch über die ideologische Verengung auf „Freihandel“ versus „Protektionismus“ hinausgehen und Regulierung unter dem Blickwinkel des Gleichgewichts der Kräfte, der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Förderung wirtschaftlicher Inklusion betrachten.

Unternehmen müssen weltweit gesellschaftlich wieder in die Verantwortung genommen werden und für menschenwürdige Arbeit und die Achtung von Menschenrechten in globalen Lieferketten sorgen. Dafür müssen Regierungen

»Unternehmen müssen weltweit gesellschaftlich wieder in die Verantwortung genommen werden und für menschenwürdige Arbeit und die Achtung von Menschenrechten in globalen Lieferketten sorgen. Dafür müssen Regierungen grenzüberschreitende Aktivitäten besser regulieren und soziale Sorgfaltpflicht verbindlich machen.«

grenzüberschreitende Aktivitäten besser regulieren und soziale Sorgfaltpflicht verbindlich machen. Unternehmen müssen Menschen- und Gewerkschaftsrechte ortsunabhängig respektieren und entsprechende Mängel entlang ihrer Lieferketten beheben. Die L20 erinnert die Staats- und Regierungschefs der G20 an die Verpflichtungen des G7-Gipfels 2015 auf Schloss Elmau, nachhaltige globale Lieferketten zu fördern und sich auf konkrete Maßnahmen der Umsetzung und Nachbereitung zu verständigen. Arbeitsbedingungen, die die Umwelt, die Arbeitssicherheit, die Gesundheit sowie Grundsätze und Rechte des Arbeitslebens und andere Menschenrechte gefährden, sind nicht hinnehmbar.

Der technische Fortschritt hat die Errungenschaften der Globalisierung und Vernetzung erleichtert und ermöglicht. Wir treten ein in ein neues Zeitalter, in dem neue Technologien, intensivere Digitalisierung und der Einsatz von Robotern unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen auf revolutionäre Weise verändern werden. Dadurch werden gewaltige Potenziale freigesetzt. Dessen ungeachtet sieht die L20 die Staats- und Regierungschefs der G20 jedoch auch in der Pflicht, die Rechtsetzung an die neuen Realitäten anzupassen, damit Arbeitnehmer unabhängig von der Art und dem Status ihrer Beschäftigung Zugang zu Sozialversicherung und eine gesicherte Beschäftigung mit verlässlichem Einkommen haben.

Einkommensunterschiede innerhalb und außerhalb der Arbeitsmärkte sind in unserer heutigen Zeit ein zentrales Thema. Gewerkschaften geben rund um die Welt Arbeitnehmern eine Stimme und stehen ein für Diskriminierungsfreiheit und die Einbindung aller Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt. Im Lauf des letzten Jahrhunderts hat sich die Gleichstellung in den meisten Industrieländern

erheblich verbessert, aber das Tempo des Fortschritts hat nachgelassen. Die L20 unterstützt die Staats- und Regierungschefs der G20 in ihren Bemühungen um ausgewogene Beschäftigungsmöglichkeiten, stärkere Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt, Senkung der genderbezogenen Einkommensunterschiede und Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur, damit unbezahlte Pflege von Männern und Frauen gleichberechtigter geschultert werden kann. Wanderarbeitnehmer und Flüchtlinge gehören zu den am stärksten gefährdeten Arbeitnehmern, da es ihnen oft am Zugang zu Informationen mangelt und sie ihre Rechte nicht einfordern können. Die Gewerkschaftsbewegung unterstützt diese Arbeitnehmer und schützt sie vor Diskriminierung am Arbeitsplatz.

Die Gewerkschaften der L20 sind bereit, als eine Triebkraft an der gerechten und integrativen Gestaltung einer vernetzten Welt mitzuwirken. Das kann nur gelingen, wenn sie dabei frei und ohne Unterdrückung handeln können. Doch nicht in allen G20-Staaten werden die Rechte auf Versammlungsfreiheit und auf den Abschluss von Tarifverträgen geachtet. Schlimmer noch, die Angriffe auf diese demokratischen Grundrechte mehren sich, und die Staats- und Regierungschefs der G20 sollten die Gelegenheit nutzen, sich erneut zu diesen Grundsätzen und zu einer respektvollen Partnerschaft mit den Gewerkschaften zu bekennen.

REINER HOFFMANN

Präsident des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB),
Präsident L20

»Die Gewerkschaften der L20 sind bereit, als eine Triebkraft an der gerechten und integrativen Gestaltung einer vernetzten Welt mitzuwirken. Das kann nur gelingen, wenn sie dabei frei und ohne Unterdrückung handeln können.«

Think20-Dialogforum

PROF. DR. DIRK MESSNER, PROF. DENNIS J. SNOWER, PH. D.



Wir erleben derzeit die fortschreitende Integration der Weltwirtschaft und raschen technologischen Fortschritt vor dem Hintergrund anhaltender gesellschaftlicher und politischer Zersplitterung. In diesem Zusammenhang scheint wirtschaftlicher Fortschritt nicht länger mit sozialem Fortschritt einherzugehen. Darüber hinaus werden sowohl der soziale als auch der wirtschaftliche Fortschritt vom drohenden Klimawandel bedroht. Das sind enorme Herausforderungen für die G20. Think20 (T20), ein Netzwerk internationaler Think Tanks aus den G20-Staaten, hilft bei der Bewältigung dieser Herausforderungen, indem es den Staats- und Regierungschefs der G20 konkrete Empfehlungen und übergreifende Visionen als Anhaltspunkte für die Politikgestaltung liefert.

Die G20 ist so aufgebaut, dass sie flexibel auf globale Probleme reagieren kann: Im Gegensatz zu anderen internationalen Organisationen ist ihr Mandat nicht eng abgegrenzt; es gibt keine starren bürokratischen Strukturen; die Zahl der Mitgliedstaaten ist gering genug, um gemeinsame Führung zu ermöglichen, wobei die Mitgliedstaaten mit zwei Dritteln der Weltbevölkerung gleichzeitig hinreichend einflussreich sind; die G20 sorgt für einen persönlichen Kontakt zwischen Staats- und Regierungschefs, um das Vertrauen in gemeinsames Handeln als Reaktion auf aufkommende Probleme zu fördern. Die G20 ist somit in der Lage, ihre Agenda an die sich ändernden globalen Herausforderungen anzupassen.

Letztlich sollte es das Ziel der G20 sein, die Weltwirtschaft so zu gestalten, dass die wichtigsten Bedürfnisse der Menschen erfüllt sind. Zu diesem Zweck sollte sich die G20 bemühen, inklusiven und nachhaltigen Wohlstand sowohl innerhalb als auch außerhalb des Kreises der G20-Staaten zu fördern. Dies bedeutet aber auch, dass eine Fokussierung auf Wirtschaftswachstum und makroökonomische Stabilität nur so lange angemessen ist, wie der allgemeine wirtschaftliche Fortschritt eng mit dem sozialen Fortschritt verbunden ist. Dies war zwar

in der Vergangenheit der Fall, doch inzwischen herrscht das Gefühl vor, dass sich beides entkoppelt hat.

In vielen G20-Staaten geht das Wachstum des Gesamteinkommens für viele Menschen einher mit wachsender Ungleichheit und stagnierenden Lebensstandards. Die Zivilgesellschaft verliert in vielen Ländern an Bewegungsfreiheit. Die gesellschaftlichen Proteste, die regelmäßig am Rande der G20-Gipfel stattfinden, sind Ausdruck einer weitverbreiteten Unzufriedenheit mit dem Globalisierungsprozess in Industrie- und Entwicklungsländern. Die gefühlte Entkopplung des wirtschaftlichen Fortschritts vom sozialen Fortschritt hat auch die jüngsten Wahlen in den Vereinigten Staaten, im Vereinigten Königreich und in anderen Ländern beeinflusst. Ebenso hat sich gezeigt, dass die sich beschleunigende globale Erderwärmung und der zunehmende Druck auf die lokalen und globalen Ökosysteme eine Bedrohung für das Wohlergehen jetziger und künftiger Generationen sowie die internationale Sicherheit darstellen. Es ist daher gerechtfertigt, dass der deutsche G20-Vorsitz Prioritäten auch jenseits der wirtschaftlichen Belange setzt, um die Themen Nachhaltigkeit, Teilhabe und Widerstandsfähigkeit anzugehen.

T20 ist ein Netzwerk von Think Tanks und Forschungsinstituten aus allen G20-Staaten. Wir glauben, dass gemeinsame, forschungsbasierte Politikvorschläge vonseiten der T20-Institute und darüber hinaus eine wesentliche Grundlage für gemeinsames Handeln und weltweite Zusammenarbeit sind.

Während des deutschen G20-Vorsitzes hat die dynamische T20-Gemeinschaft eine zukunftsorientierte Struktur entwickelt (www.t20germany.org). Zusätzlich zu den T20-Konferenzen hat die T20 zwölf Arbeitsgruppen eingerichtet, deren Schwerpunkte auf den Themen der G20-Agenda liegen. Die Arbeitsgruppen

»In diesem Zusammenhang scheint wirtschaftlicher Fortschritt nicht länger mit sozialem Fortschritt einherzugehen. Darüber hinaus werden sowohl der soziale als auch der wirtschaftliche Fortschritt von der globalen Erderwärmung bedroht. Das sind enorme Herausforderungen für die G20.«

DIRK MESSNER

»Letztlich sollte es das Ziel der G20 sein, die Weltwirtschaft so zu gestalten, dass die wichtigsten Bedürfnisse der Menschen erfüllt sind.«

DENNIS J. SNOWER



haben eine große Bandbreite an Policy Briefs erstellt, die auf der neu entstandenen Internetplattform G20 Insights (www.g20-insights.org) gebündelt werden. Auf dieser Plattform werden die politischen Empfehlungen mit bestehenden Maßnahmen und Vereinbarungen verknüpft. Ferner wurde eine ständige T20-Gruppe für Afrika eingerichtet, um neue Dialogformate mit den afrikanischen Partnern zu Themen der weltweiten Entwicklung und der G20 zu entwickeln.

Auf der Grundlage dieser neuen Initiativen wird die T20 dem deutschen G20-Vorsitz ihre Empfehlungen auf dem T20-Dialogforum im Mai vorstellen.

Auch die Digitalisierung zählt zu den Themen, mit denen sich die T20 beschäftigt, denn die Digitalisierung ist eine wesentliche Triebkraft des globalen Wandels. Die G20-Mitglieder müssen nationale und globale Rahmenbedingungen für eine inklusive und nachhaltige Digitalisierung schaffen, in deren Mittelpunkt der Mensch steht. Damit die Bürger von der digitalen Revolution profitieren können,

sollte die G20 die Digitalkompetenz fördern und enger zusammenarbeiten, wenn es darum geht, Beschäftigungs- und Bildungspolitik an das digitale Zeitalter anzupassen und die Sicherheit der digitalen Netzwerke zu verbessern. Darüber hinaus sollte die G20 bei der Nutzung neuer Technologien (z. B. der Blockchain-Technologie) zusammenarbeiten, um die Prozesse der globalen Ordnungspolitik so zu gestalten, dass die Menschen stärker einbezogen werden und die Verantwortlichkeiten klarer erkennbar sind.

Ein weiteres Thema, mit dem sich die T20 beschäftigt hat, ist die Umsetzung der Agenda 2030 und der in ihr verankerten Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). In Verbindung mit dem Pariser Klimaabkommen soll durch die Agenda 2030 die Teilhabe und das Wohlergehen der Menschen im Rahmen der ökologischen Grenzen des Erdsystems gefördert werden. Dafür bedarf es wirkungsvollen staatlichen Handelns auf lokaler und nationaler Ebene, als Voraussetzung für den Wohlstand der Menschen, und einer Kultur der globalen Zusammenarbeit, um die globalen Gemeingüter zu schützen und gefährdete

Bevölkerungsgruppen überall auf der Welt zu unterstützen. Die G20 sollte nun, wie auch 2016 in Hangzhou mit dem Aktionsplan geschehen, ihre Verpflichtung zur Umsetzung der Agenda 2030 erneut nachdrücklich bekräftigen. Im Lauf der nächsten Jahre will die T20 dabei helfen, einen Fahrplan für die Umsetzung zentraler SDGs durch die G20 im Rahmen des politischen Vorgehens bis 2030 zu erarbeiten.

Auch die Widerstandsfähigkeit des Finanzwesens, Handel und Investitionen, Flucht und Vertreibung, globale Ungleichheit und sozialer Zusammenhalt, Widerstandsfähigkeit und inklusives Wachstum, internationale Steuerzusammenarbeit, die Zusammenarbeit mit Afrika, Kreislaufwirtschaft, die Ausmerzung von Hunger und nachhaltige Landwirtschaft zählen zu den Themen der T20.

Es ist an der Zeit, dass die Mitgliedstaaten der G20 eine gemeinsame Perspektive entwickeln, die es der Weltbevölkerung ermöglicht, eine wirtschaftlich florierende, ökologisch nachhaltige und sozial integrative Zukunft zu verwirklichen, die unvorhergesehenen Krisen gegenüber widerstandsfähig ist. Diese gemeinsame Perspektive ist notwendig, da die Welt vor wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Problemen steht, die weltweit miteinander verknüpft sind – Problemen, die kein Land allein lösen kann. Die Mitgliedstaaten der G20, aber auch alle anderen Staaten, müssen ihren jeweiligen Weg gehen und gleichzeitig eine gemeinsame Perspektive für die Lösung von Problemen entwickeln, die alle betreffen.

Diese gemeinsame Perspektive sollte auf drei einfachen Gedanken beruhen: Erstens hängt die Zukunft der Menschheit davon ab, dass wir lernen, die globalen Gemeingüter, zu denen die Weltwirtschaft und die Biosphäre zählen, zu

stabilisieren und zu managen; das bildet die Voraussetzung für Frieden, Sicherheit und menschliches Wohlergehen in der Zukunft. Zweitens erfordert der Umgang mit diesen globalen Gemeingütern Investitionen in eine umfassende Kultur der globalen Koordinierung sowie ein System des globalen kollektiven Handelns. Und drittens wird globale Regierungsführung von oben herab nicht funktionieren, solange nicht der Mensch in den Mittelpunkt des Globalisierungsprozesses rückt. In der Agenda 2030, auf die sich alle Regierungen im September 2015 verständigt haben, werden die Grundpfeiler einer solchen dringend benötigten globalen Perspektive bereits widerspiegelt. Entsprechend muss der Schwerpunkt der jeweiligen G20-Agenda, die sich von Jahr zu Jahr weiterentwickelt, darauf liegen, weltweit für Wohlergehen zu sorgen, und zwar auf der Grundlage von Wohlstand, der Befähigung zu aktiver Mitgestaltung und sozialer Integration.

PROF. DR. DIRK MESSNER

Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik

PROF. DENNIS J. SNOWER, PH. D.

Präsident des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel

Youth20-Dialogforum

HENRY GOLDBERG, CHIHIRO ISHIKAWA, NOMBUSO MASHELE,
SAMUEL AKINSOLA, TUMELO MONARE



Zukunft mitgestalten: Der Youth20 Dialogue ist das offizielle Jugendforum zum G20-Gipfel. Hier treffen sich junge Menschen, um ihre Ideen, Konzepte und Vorstellungen für die Zukunft in die internationale Diskussion einzubringen. Im Juni 2017 kommen rund siebzig Jugendliche und junge Erwachsene aus mehr als dreißig Nationen in Berlin zusammen, diskutieren über globale Herausforderungen in einer vernetzten Welt und entwickeln eigenverantwortlich innovative Lösungsvorschläge. Im Vordergrund der Diskussionen stehen die drei G20-Themenbereiche: „Stabilität sicherstellen“, „Zukunftsfähigkeit verbessern“ und „Verantwortung übernehmen“.

Der Dialog der Jugendlichen und jungen Erwachsenen erfolgt in einem durchgängig partizipativ angelegten Austauschprozess. So beginnt der Youth20 Dialogue bereits lange vor dem Treffen in Berlin in Form eines Onlinedialogs, in dem zunächst von den Teilnehmenden die aus ihrer Sicht wichtigsten zu debattierenden G20-Themen identifiziert und diskutiert werden. Die Themenpalette reicht dabei vom fortschreitenden Klimawandel und der anstehenden Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele über die künftige Entwicklung der Weltwirtschaft und Zukunft des offenen Welthandels bis hin zur Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise, der Eindämmung des Terrorismus und dem Kampf gegen Korruption. Zu den wichtigsten Themenbereichen gehören die Stärkung von Frauen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Umsetzung der Agenda 2030, die weltweite Ernährungssicherung und der Schutz vor Pandemien.

Auf dem Youth20 Dialogue in Berlin stehen dann die Erarbeitung der eigenen Positionen, Lösungsansätze und Empfehlungen sowie deren Formulierung in Positionspapieren für den G20-Gipfel im Vordergrund. Dabei stehen unter dem Motto „Shaping an interconnected world. Eine vernetzte Welt gestalten.“

»Für junge Menschen, also Angehörige der Generation, die in der Welt von morgen Verantwortung übernehmen wird, ist es wichtig, sich mit den globalen Problemen zu befassen und gemeinsam nach besseren Lösungen zu suchen. Dies kann man tun, indem man junge Leute auf allen Ebenen zusammenbringt, also über die sozialen Medien, in Foren usw. Es ist beeindruckend, welchen einflussreichen und innovativen Beitrag junge Leute leisten können, wenn sie sich gemeinsam an die Arbeit machen.«

TUMELO MONARE
Botswana, Teilnehmerin
am Youth20 Dialogue 2017

während der Arbeitsphase den Teilnehmenden zu jedem Themenfeld Fachleute aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft als Gesprächspartner zur Verfügung, mit denen sie ihre Positionen reflektieren und fundieren können. Höhepunkt des Youth20 Dialogue ist die Übergabe der erstellten Positionspapiere an Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesjugendministerin Manuela Schwesig und die anschließende Diskussion. Neben den intensiven Arbeitsprozessen sind die jungen Erwachsenen auch dazu eingeladen, Berlin in seiner Vielfalt kennenzulernen und mit der Zivilgesellschaft vor Ort Gespräche zu führen. Kulturelle, mediale und sportliche Aktivitäten ermöglichen den jungen Teilnehmenden, sich vielfältig zu begegnen und Einblicke in die deutsche Gesellschaft und Kultur zu erlangen.

Junge Menschen engagieren sich weltweit in verschiedenen sozialen und politischen Projekten. Wie wichtig der soziale und politische Beitrag der jungen Menschen auch im G20-Dialogprozess ist, beschreibt Henry Goldberg, Vereinigte Staaten von Amerika, Teilnehmer des J7-Jugendgipfels 2015, wie folgt: „Ich denke, es ist sehr wichtig, dass junge Leute sich sozial und politisch engagieren, denn sie sind ja die Stimme der Zukunft. Ganz gleich, welches Problem man nimmt, junge Leute sind davon persönlich betroffen und müssen deshalb auch dafür sorgen, dass man ihre Meinung wahrnimmt. Aber dennoch ist es häufig so, dass junge Menschen, auch wenn sie oft die verhältnismäßig

größte Bevölkerungsgruppe darstellen, am wenigsten gehört werden. Sich sozial und politisch zu engagieren, ist eine sehr gute Methode, um dies zu ändern.“ Chihiro Ishikawa, Japan, ebenfalls Teilnehmerin am J7-Jugendgipfel 2015, ergänzt: „Die Zeit ist gekommen, dass die Menschen sich engagieren und für ihre Rechte stark machen – die Jugend hat die Kraft und die Dynamik dazu.“ Nombuso Mashele, Südafrika, Teilnehmerin am J7-Jugendgipfel 2015, blickt in ihrer Analyse in die Zukunft der jungen Menschen weltweit und stellt fest: „Junge Menschen sind die Zukunft. Sie gehören zur Gesamtgesellschaft und sollten deshalb die Dinge, die sie betreffen, mitentscheiden dürfen. Wenn die Jugend an der sozialen und politischen Entwicklung teilhat und in der Gesellschaft eine aktive Rolle wahrnimmt, können wir beinahe sicher davon ausgehen, dass wir 2030 unsere globale Vision verwirklicht haben werden. Junge Menschen stehen im Brennpunkt sozialer, wirtschaftlicher und politischer Probleme und ihre Zukunft ist bedroht. Deshalb müssen sie unbedingt in die Entscheidungsfindung einbezogen werden und die Chance erhalten, sich einzubringen.“

Die Teilnahme am Youth20 Dialogue weckt bei den Teilnehmenden verschiedene Erwartungen. Tumelo Monare, Botswana, skizziert ihre persönlichen Erwartungen wie folgt: „Ich freue mich auf eine ganz besondere Erfahrung, wenn ich 2017 zum ersten Mal am Y20-Forum teilnehme. Ich glaube an das Miteinander der Jugend aus verschiedenen Weltregionen. Dies bietet mir die Möglichkeit, im gemeinsamen Austausch zu lernen, mit globalen Fragen umzugehen, Ideen und Erfahrungen auszutauschen und dabei mehr Selbstbewusstsein und Wissen zu erwerben und mich selbst weiterzuentwickeln.“ Samuel Akinsola, ebenfalls Botswana und Y20-Teilnehmer, ergänzt: „Das Y20-Forum, an dem ich 2017 zum ersten Mal teilnehme, ist für mich ein interaktives Forum, wo junge Menschen Fragen aufwerfen und voneinander lernen können, wie man unsere Welt verbessert.“

In diesem Sinne führt der Youth20 Dialogue nicht nur die Wünsche und Ziele der teilnehmenden jungen Menschen im Rahmen der deutschen G20-Präsidentschaft zusammen, sondern unterstreicht die Notwendigkeit einer breiten Zusammenarbeit innerhalb der Staatengemeinschaft, aber auch mit der Zivilgesellschaft.



Der Youth20 Dialogue ist somit als Spiegelbild zum Treffen der Staats- und Regierungschefs der „Gruppe der 20“ (G20) angelegt und Teil des Dialogs mit der Zivilgesellschaft anlässlich des G20-Gipfels.

Der Youth20 Dialogue wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durchgeführt, das bei der Realisierung des Youth20 Dialogue von IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. unterstützt wird. Die Ergebnisse und Positionspapiere, die Agenda und die Teilnehmenden werden auf der Youth20 Dialogue Webseite www.y20-germany.org präsentiert.

Dieser Beitrag entstand mit Hilfe der folgenden J7- und Y20-Teilnehmenden. Wir danken allen Beteiligten für Ihre Anregungen und Ideen.

HENRY GOLDBERG
CHIRO ISHIKAWA
NOMBUSO MASHELE
SAMUEL AKINSOLA
TUMELO MONARE

Civil20-Dialogforum

DR. BERND BORNHORST, JÜRGEN MAIER



Die Globalisierung ist in der Krise, vieles läuft schief und muss dringend korrigiert werden. Nie zuvor war die Welt von solch massiver Ungleichheit geprägt: Heute besitzen acht Personen so viel wie die Hälfte der Weltbevölkerung zusammen. Kein Wunder, dass immer mehr Menschen das Gefühl haben, dass sie von der Globalisierung der Wirtschaft nicht profitieren. Sie erleben, dass Regierungen viele Milliarden für die Rettung von Banken ausgeben, für die Anliegen der einfachen Bürger jedoch immer weniger Geld zur Verfügung steht. Wenige gewinnen, viele verlieren, ganze Regionen und Länder werden abgehängt. Der Raubbau an unseren natürlichen Lebensgrundlagen geht weiter – die heutige Wirtschaftsweise zerstört unsere Umwelt.

So kann es nicht weitergehen. In den meisten demokratisch regierten Ländern geht das Vertrauen in Institutionen, Politiker und wirkungsvolle internationale Zusammenarbeit zurück. In vielen Ländern wenden sich die Bürger autokratischen Strömungen zu, um ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen, obwohl dadurch die gefährlichen Aspekte der Globalisierung womöglich noch verstärkt werden. In immer mehr Ländern, auch in den G20, geraten die demokratischen Grundrechte und der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft unter Druck. Die neoliberal geprägte Globalisierung ist jedoch nicht alternativlos. Es liegt in der Verantwortung der Staats- und Regierungschefs der G20, sie neu zu gestalten. Die deutsche G20-Agenda zeigt, dass zwar viele Probleme erkannt wurden, aber in der Wirtschafts- und Handelspolitik lautet die Devise „business as usual“. Das kann nicht funktionieren. Mit derselben Politik wie bisher bekommen wir auch dieselben Ergebnisse wie bisher. Die Alternative zu Nationalismus und Protektionismus ist nicht ein „Weiter so“, sondern eine Kurskorrektur zu mehr sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit.

Denn es gibt reichlich Alternativen. Eine haben die Regierungen 2015 bereits unterschrieben: die Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Sie könnte die Weichen



für eine weltweite soziale und nachhaltige Entwicklung stellen, von der niemand ausgeschlossen wird – wenn man sie umsetzt. Die in ihr verankerten 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung können bis zum Jahr 2030 erreicht werden, wenn sich die Welt dafür einsetzt und die nötigen politischen Veränderungen vorgenommen werden. Der im letzten Jahr beschlossene Aktionsplan der G20 zur Umsetzung der Agenda 2030 zeigt aber, dass die meisten G20-Staaten zu wenig tun. Gleichzeitig bekräftigen die G20-Staaten, dass durch ihre 15 Sektoren für nachhaltige Entwicklung viele Ziele der Agenda 2030 erreicht würden. Wie das gehen soll, sagen sie jedoch nicht.

Mehr Wirtschaftswachstum ist jedenfalls nicht die Lösung. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften der G20 ist das Wirtschaftswachstum inzwischen gering. Die Wachstumsraten der Vergangenheit wird es nicht mehr geben. Die meisten Instrumente, welche die Regierungen zum Ankurbeln der Wirtschaft ausprobiert haben, führten nicht zum Erfolg. In den meisten Entwicklungsländern verlangsamt sich das Wirtschaftswachstum. Wachstumsraten sagen nichts über die Erschöpfung endlicher Ressourcen, die Erderwärmung oder

»Wir fordern, die Globalisierung so zu gestalten, dass sie allen Menschen nützt und die Belastungsgrenzen unseres Planeten respektiert, eine Art von Globalisierung, die von der Mehrheit der Menschen auf der Welt unterstützt wird. Diese andere Art der Globalisierung ist nicht nur möglich – sie ist notwendig.«

die Nachhaltigkeit des derzeitigen Wirtschaftsmodells aus. Im Jahr 2016 verankerten die G20-Staaten ihr Wirtschaftsmodell in ihrer verbesserten Strukturreformagenda, die aus neun größtenteils fehlgeleiteten Grundsätzen besteht. Leider ist diese Agenda für die Arbeit der G20 von größerer Bedeutung als die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Die zentralen Vorschläge der C20 zu den Schwerpunkten der deutschen G20-Präsidentschaft sind:

Die Auswirkungen der viel gepriesenen Kapitalströme in den Globalen Süden, insbesondere nach Afrika, sind oft fraglich, und führen zu einer steigenden Verschuldung in den Empfängerländern. Das Ergebnis ist eine beginnende Staatsschuldenkrise, die der Krise der 80er-Jahre sehr ähnlich ist. Da es noch immer keinen wirksamen, rechtsstaatlichen Mechanismus zur Schuldenumwandlung gibt, ist die Welt genauso wenig auf eine eskalierende wirtschaftliche und soziale Katastrophe vorbereitet wie vor dreißig Jahren. Wir fordern die G20 daher nachdrücklich auf, die Anstrengungen der Vereinten Nationen zur Entwicklung eines angemessenen Mechanismus zur Schuldenumwandlung zu unterstützen.

Schon 2009 haben die G20 beschlossen, die Subventionen für fossile Brennstoffe abzuschaffen. Geschehen ist kaum etwas. Mit diesen Subventionen wird schmutzige Energie künstlich verbilligt. Wir brauchen endlich für jedes Land einen konkreten Zeitplan, um die Subventionen für fossile Brennstoffe so schnell wie möglich, spätestens aber bis 2020, abzuschaffen. Der IWF schätzt, dass sich diese Subventionen auf die enorme Summe von 5,3 Billionen US-Dollar belaufen – ein Betrag, mit dem wir unsere Umwelt, Gesundheit und Lebensgrundlagen schädigen, statt fossile Brennstoffe durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Wir brauchen das Gegenteil solcher Subventionen, nämlich einen Kohlenstoffpreis, der die ökologische Wahrheit abbildet.

Das Pariser Klimaabkommen muss schnell und von allen umgesetzt werden. Die Klimakrise zerstört nicht nur unsere Lebensgrundlagen, sondern zeigt auch die krasse Ungleichheit: Die wohlhabendsten 10% der Weltbevölkerung sind für etwa die Hälfte aller Emissionen verantwortlich. Die ärmsten 50%,

von denen nur 10% der Emissionen ausgehen, tragen jedoch die Hauptlast. Wir müssen radikal von der Ideologie des Neoliberalismus und der Austerität abrücken. Dem organisierten System der Steuerhinterziehung und -vermeidung durch multinationale Unternehmen und reiche Einzelpersonen muss ein Ende gesetzt werden. Die angemessene Besteuerung dieser Firmen und Personen muss ein vorrangiges Ziel der G20 sein. Die Globalisierung muss auch für kleine und mittelständische Unternehmen von Vorteil sein – nicht nur in den Ländern, die stark vom Export profitieren, sondern überall.

Von der Liberalisierung der Weltwirtschaft profitieren noch immer hauptsächlich große Unternehmen, während die Regulierung der Wirtschaft im öffentlichen Interesse erschwert wird. Alle geplanten „Freihandelsabkommen“ müssen vorerst gestoppt und überprüft werden. Dies soll kein Aufruf zu Protektionismus sein, sondern ein Appell, Handel als ein Instrument für mehr soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit zu nutzen. Es ist höchste Zeit, globale Wertschöpfungsketten wirksam zu regulieren, um für menschenwürdige Arbeit und ökologische Nachhaltigkeit zu sorgen. In ihrer derzeitigen Form sind globale Wertschöpfungsketten kaum regulierbar.

Im Gesundheitsbereich beobachten wir mit zunehmender Besorgnis, wie hilflos wir gegen Pandemien sind. Dies liegt auch daran, dass Finanzierung und Handlungsfähigkeit von Gesundheitssystemen und Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nicht ausreichen – das muss sich ändern. Gegen die Gefahr, dass aufgrund von Antibiotikaresistenzen Milliarden von Menschen nicht mehr geheilt werden können, wird viel zu wenig getan. Der exzessive Gebrauch und Missbrauch von Antibiotika vor allem in der Tierhaltung, aber auch in der

Humanmedizin, müssen rasch gestoppt werden. Gleichzeitig sollten die G20 sich nicht nur mit Krisenbewältigung befassen. Jeder Mensch hat ein Recht auf Gesundheit. Da sich die Mitglieder der G20 zu dem Grundsatz, niemanden auszuschließen, bekannt haben, müssen auch ihre Initiativen zur globalen Gesundheit die Ziele für nachhaltige Entwicklung unterstützen. Dafür muss die öffentliche Forschung und Entwicklung ausgebaut werden. Denn die private Forschung und Entwicklung zieht geringen kommerziellen Nutzen aus der Bereitstellung grundlegender Gesundheitsdienstleistungen und der Bekämpfung von Krankheiten, an denen arme Menschen leiden.

Die globale Zivilgesellschaft ist vielfältig, doch eines verbindet uns: die Forderung nach einem Globalisierungsmodell, von dem nicht nur einige wenige profitieren, sondern alle Menschen und das auch die Belastungsgrenzen unseres Planeten respektiert. Eine andere Art der Globalisierung ist nicht nur möglich – sie ist notwendig.



DR. BERND BORNHORST
Vorstandsvorsitzender VENRO



JÜRGEN MAIER
Geschäftsführer des Forums Umwelt & Entwicklung

G20-Afrika-Partnerschaft



„High 5s“ für Afrika

DR. AKINWUMI ADESINA

Afrika ist ein Kontinent voller Investitionsmöglichkeiten. In Afrika befinden sich 65 % des nicht bewirtschafteten Ackerlands der Welt und immense Bodenschätze – damit verfügt Afrika über ein enormes Zukunftspotenzial. Doch über das Potenzial zu verfügen, reicht allein nicht aus; es muss auch erkannt, freigesetzt und ausgeschöpft werden.

Daher begrüße ich das Bekenntnis der G20, Afrika dabei zu unterstützen, seinen nachhaltigen und integrativen wirtschaftlichen Wandel voranzutreiben. Und ich würdige Deutschlands und Bundeskanzlerin Merkmals starke Führungsrolle.

Die G20-Afrika-Partnerschaft und die „Compact“-Initiative setzen klare Anreize, das weiter auszubauen, was in Afrika bereits funktioniert und umgesetzt wird.

Die Afrikanische Entwicklungsbank hat sich in Form von fünf Prioritäten „High 5s“ folgende strategische Schwerpunkte gesetzt: Afrika mit Energie versorgen, Afrika ernähren, Afrika industrialisieren, Afrika integrieren und die Lebensqualität der Menschen in Afrika verbessern.

Diese High 5-Prioritäten sind zeitgemäße Katalysatoren zur Entwicklung Afrikas. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen hat gezeigt, dass Afrika, wenn es sich auf die High 5 konzentriert, 90 % der Ziele für nachhaltige Entwicklung und der Agenda 2063 erreichen wird.

Durch die High 5 würde in Afrika der universelle Zugang zu Strom ermöglicht: Dann würden 130 Millionen Haushalte Zugang zum Stromnetz und 75 Millionen Haushalte zu netzunabhängigen Systemen erhalten, und rund 150 Millionen Haushalte hätten Zugang zu sauberer Energie zum Kochen. Afrika könnte sich selbst mit Nahrungsmitteln versorgen und innerhalb der globalen landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette wettbewerbsfähig sein. Zudem würden mindestens 25 Millionen Arbeitsplätze für die junge Generation Afrikas geschaffen, was die Migration nach Europa eindämmen würde.

Hinzu kommen die Mobilisierung inländischer Ressourcen, Steuerreformen, die Integration der Kapitalmärkte, verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen und die starke Beteiligung des Privatsektors an Projekten, insbesondere an Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor, um die Infrastruktur Afrikas zu fördern. Ebenso entscheidend sind innovative, flexible und angemessene Finanzierungsinstrumente für die zahlreichen Projekte und Maßnahmen in unterschiedlichen Sektoren, die den Weg für den Wandel in Afrika ebnen – Afrikas Jahrhundertprojekt.

Das Potenzial Afrikas wird sich voll entfalten, wenn die G20-Afrika-Partnerschaft und die Compacts mit den High 5 in zentralen Bereichen vor Ort vernetzt werden. Die Afrikanische Entwicklungsbank ist bereit, gemeinsam mit der G20 die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung Afrikas zu verwirklichen.

DR. AKINWUMI ADESINA

Präsident der Afrikanischen Entwicklungsbank

SCHWERPUNKTBEREICH

ZIEL/ZIELVORGABE BIS 2025

1. AFRIKA MIT ENERGIE VERSORGEN



UNIVERSELLER ZUGANG ZU STROM

- 162 GW Elektrizität erzeugt
- 130 Mio. Netzanschlüsse
- 75 Mio. netzunabhängige Anschlüsse

2. AFRIKA ERNÄHREN



WANDEL IN DER LANDWIRTSCHAFT

- 150 Mio. Menschen ausreichend ernährt
- 100 Mio. Menschen, die nicht mehr in Armut leben
- 190 Mio. Hektar wieder bewirtschaftetes Land

3. AFRIKA INDUSTRIALISIEREN



DIVERSIFIZIERUNG DER WIRTSCHAFT

- Beitrag der Industrie zum BIP um 130% erhöht
- 35 Sonderwirtschaftszonen fördern
- 30 öffentlich-private Partnerschaften entwickeln und fördern

4. AFRIKA INTEGRIEREN



REGIONALE MÄRKTE

- Regionale Infrastruktur aufbauen
- Handel und Investitionen innerhalb Afrikas ankurbeln
- Personenfreizügigkeit über Grenzen ermöglichen

5. DIE LEBENSQUALITÄT DER MENSCHEN IN AFRIKA VERBESSERN



SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE TEILHABE ERMÖGLICHEN

- 80 Mio. Arbeitsplätze schaffen
- Wichtige Fähigkeiten aufbauen
- Zugang zu Wasser und Sanitärversorgung verbessern
- Gesundheitssysteme stärken

HERAUSGEBER

Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung
11044 Berlin

STAND

Juni 2017

GESTALTUNG

Scholz & Friends Berlin GmbH
10178 Berlin

DRUCK

MKL Druck GmbH & Co. KG
48346 Ostbevern

BILDNACHWEIS

S. 4: Bundesregierung/Kugler
S. 8: Florian Jaenicke
S. 10: [www.mediaserver.hamburg.de/Maxim Schulz](http://www.mediaserver.hamburg.de/Maxim_Schulz)
S. 14/15: © GeoBasis-DE/BKG 2017, Made with Natural Earth,
© Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (2017)
S. 18: Bundesregierung/Denzel
S. 22: Getty Images/istock/DragonImages
S. 25: Getty Images/istock/michaeljung
S. 30: Getty Images/istock/Skynesher
S. 33: photothek.net/Imo
S. 38: Getty Images/istock/Geber86
S. 43: Getty Images/istock/PeopleImages
S. 45: Getty Images/istock/PeopleImages
S. 48: ESA

WEITERE INFORMATIONEN

www.g20germany.de

www.g20germany.de